

Freie Universität Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Bachelorarbeit
B.A. Politikwissenschaft

Rechtskonflikte über Umweltpolitik in Polen

Eine qualitative Fallstudie des Rechtskonfliktes um den polnischen
Braunkohletagebau *Turów*

Autor: Tobias Michael

Erstgutachter: Dr. Andreas Hofmann

Zweitgutachterin: Dr. Kirsten Jörgensen

Berlin, 27. Juli 2023

Abstract

Der Rechtskonflikt um den polnischen Braunkohletagebau Turów stellt den zentralen Untersuchungsgegenstand dieser Einzelfallstudie dar. Das Forschungsinteresse konzentriert sich auf das Verhalten der Europäischen Kommission angesichts der Noncompliance Polens innerhalb dieser seltenen Konstellation eines internationalen Rechtskonflikts in der EU. Es wird der Forschungsfrage nachgegangen, warum die Kommission trotz einer bestehenden Noncompliance Polens mit EU-Recht nicht mit einem eigenen Vertragsverletzungsverfahren aktiv wurde. Hierfür wird auf theoretische Überlegungen von Falkner (2018) und Zhang (2022a) zurückgegriffen, die sich mit einer strategischen Zurückhaltung der Kommission in Fällen von Noncompliance empirisch beschäftigt haben. Es werden mittels dieser theoretischen Ansätze in Verbindung mit empirischen Quellen Erklärungsansätze für das Verhalten der Kommission im Fall herausgearbeitet. Es zeigt sich hier, dass die Kommission sich an ihren offiziellen Strategien zur Durchsetzung des EU-Rechts orientierte und eine einvernehmliche Lösung des Rechtskonfliktes präferierte. Die Einordnung des Falls in das theoretische Konzept *Toleration of Noncompliance (ToN)* von Zhang (2022a) gelingt in der Analyse aufgrund der atypischen Eigenschaften des Falls nur bedingt.

Keywords: Umweltpolitik, Energiepolitik, Noncompliance, Rechtskonflikt, Vertragsverletzungsverfahren, Europäische Kommission, Einzelfallstudie, Polen, Tschechien

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Literatur-Review	7
3. Theoretischer Rahmen	8
3.1. Noncompliance-Management und Toleration of Noncompliance der EU-Kommission.....	8
3.2. Theoretische Erwartungen und kritische Reflexionen	10
4. Methode.....	11
5. Fallauswahl	12
6. Der Rechtskonflikt um den polnischen Braunkohletagebau Turów	13
7. Fallanalyse: Erklärungsansätze für das Verhalten der EU-Kommission im Fall Turów ..	17
8. Diskussion	21
9. Fazit und Ausblick	23
10. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	24

Liste der Abbildungen

Abbildung 1: Die geographische Lage des Braunkohletagebaus *Turów*. Quelle: In Anlehnung an Auszug aus Google LLC. (2023): Kopalnia Węgla Brunatnego Turów. Google Maps [Kartendienst], [online] <https://www.google.de/maps> [abgerufen am 30.05.2023].

Liste der Abkürzungen

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Art.	Artikel
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
JTF	Just Transition Fund
MS	Mitgliedsstaat(en) der Europäischen Union
PGE	Polnische Energie Gruppe (<i>Polska Grupa Energetyczna</i>)
PiS	Recht und Gerechtigkeit (<i>Prawo i Sprawiedliwość</i>)
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
ToN	Toleration of Noncompliance

1. Einleitung

Seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 hat sich das Land von einem Vorzeigefall europäischer Integration zu einem Mitgliedsstaat im profunden Konflikt mit rechtsstaatlichen Grundprinzipien der EU und einiger ihrer Institutionen entwickelt. Die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość - PiS*) leitete nach ihrem Regierungsantritt im Jahr 2015 unter einem euroskeptischen Kurs eine ideologische Abkehr von Bemühungen vorheriger polnischer Regierungen ein, die europäische Integration Polens zu vertiefen (Balcer & Buras 2017; Buras 2017 & 2018). Dies zeigte sich in der Praxis bislang insbesondere in Fragen der europäischen Migrations- und Klimapolitik (Simon & Zbytniewska 2023; Liboreiro 2023). Wenngleich die absolute Mehrheit der polnischen Bevölkerung konstant die Mitgliedschaft Polens in der EU befürwortet (Public Opinion Research Center 2021), betont die PiS-Regierung, die nationale Souveränität Polens wahren und vor einer übermäßigen Einflussnahme der Institutionen der EU schützen zu müssen (Balcer & Buras 2017: 14 ff.; The Chancellery of the Prime Minister 2021).

Parallel hierzu versucht sie, eine schrittweise Abkehr von rechtsstaatlichen Grundprinzipien in Polen voranzutreiben. Dies äußert sich seit 2016 in Gestalt der höchst umstrittenen Justizreform, welche einen Abbau der Unabhängigkeit der polnischen Gerichte vorsieht (European Commission 2017a) und dadurch auch das Verhältnis zwischen Polen und der Europäischen Kommission belastet.¹ Als „Hüterin der Verträge“² hat diese seit 2018 Verstöße Polens gegen rechtsstaatliche Grundprinzipien der EU angemahnt sowie Vertragsverletzungsverfahren an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) überwiesen und so versucht, gegen diese Bestrebungen der PiS-Regierung vorzugehen.³ Hierbei konnte auch beobachtet werden, dass Polen Urteile des EuGH missachtete. Als Reaktion darauf beschloss die Kommission, Fördermittel Polens aus dem NextGenerationEU-Aufbauprogramm zurückzuhalten, sowie Strafzahlungen zu verhängen (European Commission 2021; Rankin 2023).

Gleichwohl die polnische Justizreform wohl der gravierendste Fall einer Missachtung von EU-Recht der letzten Jahre ist, kann ein weiterer Fall vorgestellt werden, bei dem sich Polen trotz

¹ Nachfolgend wird die Europäische Kommission als „Kommission“ und als „EU-Kommission“ (in Überschriften) bezeichnet. Die Begriffe sind synonym zu verstehen.

² Europäische Kommission (o. D.): Die Aufgaben der Europäischen Kommission im Bereich der Rechtsetzung, [online].

³ Siehe Kommission/Polen, C-619/18, 2018; Kommission/Polen, C-192/18, 2019; Kommission/Polen, C-147/23, 2023; European Commission 2023.

eines Vertragsverletzungsverfahrens beständig widerwillig zeigt, das verletzte EU-Recht zu befolgen.

Es ist der Fall des Rechtskonfliktes um den Braunkohletagebau Turów in der polnischen Gemeinde *Bogatynia* der Woiwodschaft *Dolnośląskie* im Dreiländereck zu Tschechien und Deutschland. Eine Verlängerung der Bergbaukonzession des Braunkohletagebaus bis 2026 durch Polens Regierung im Jahr 2020 veranlasste Tschechien hauptsächlich aufgrund negativer Auswirkungen des Tagebaus auf Grundwasser seines Staatsgebietes dazu, ein Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 259 (AEUV) gegen Polen einzuleiten (Court of Justice of the European Union 2021: 1) und vor dem EuGH zu verklagen (C-121/21, Tschechische Republik/Republik Polen, 26. Februar 2021). Dort führte Tschechien an, dass Polen bei der Verlängerung der Bergbaukonzession Turóws gegen mehrere EU-Richtlinien verstoßen habe (ebd.). Nach einem Beschluss des EuGH, der anordnete, den Betrieb Turóws übergangsweise einzustellen, der Weigerung Polens, diesem Folge zu leisten, und einer Verhängung von Strafzahlungen gegen Polen, kam es im Februar 2022 schließlich aufgrund eines außergerichtlichen Abkommens zwischen beiden Mitgliedsstaaten (MS) zur Einstellung des Verfahrens vor dem EuGH, ohne dass ein endgültiges Urteil ergangen war. Gleichzeitig blieb die Noncompliance Polens mit EU-Recht im Falle der Verlängerung der Bergbaukonzession Turóws weitgehend bestehen. Die Kommission war im Rechtskonflikt zwischen Tschechien und Polen vor dem EuGH zwar als Streithelferin Tschechiens aufgetreten, ist aber zu keiner Zeit eigenständig mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Polens Noncompliance aktiv geworden. Das Forschungsinteresse dieser Arbeit ist, dieses Verhalten der Kommission im Rechtskonflikt um den Braunkohletagebau Turów zu erklären.

Die Relevanz des Falls liegt darin begründet, dass Polen in den letzten Jahren unter der PiS-Regierung mehrfach gegen grundlegende Rechtsnormen und -prinzipien der EU verstoßen und Urteile des EuGH ignoriert hat. Dies könnte negative Implikationen für die europäische Integration hervorrufen (Auer et al. 2021) und die Grundsätze des Vorrangs und der gleichen Anwendung des EU-Rechts in den MS gefährden (siehe EUR-Lex o. D.; Heimann & Winde 2021; European Commission 2022a: 8). Dieser Hintergrund kann einen besonderen Fokus auf Noncompliance-Fälle in Polen rechtfertigen.

Neben einer Ursachenforschung von Noncompliance in Polen kann aber auch die Auseinandersetzung mit den institutionellen Dynamiken der Kommission von Bedeutung sein, da diese schließlich das EU-Recht maßgeblich mitgestaltet und seine Durchsetzung in den MS überwachen soll (Börzel 2003: 2). Die Kommission muss mit dem Balanceakt umgehen,

einerseits ihre Glaubwürdigkeit und Effektivität als ‚Hüterin der Verträge‘ zu erhalten und andererseits ihren politischen Aufgaben nachzukommen sowie die diplomatischen Beziehungen zu den MS aufrechtzuerhalten (Kelemen & Pavone 2022: 12; Andersen 2012: 14, 23 ff.). Der Rechtskonflikt um Turów findet in diesem Spannungsfeld statt. Die Noncompliance Polens blieb auch nach einem Gerichtsverfahren vor dem EuGH weitgehend bestehen (Goliński 2022: 33 ff.; BUND Sachsen 2022; Entscheidung vom 31. Mai 2022, Aktenzeichen IV SA/Wa 654/23). Sie ist problematisch, da sie zur Folge hat, dass grenzüberschreitende Umweltschädigungen in Tschechien und Deutschland andauern (Kraśnicki 2022; Zachová & Pištorová 2023). Dies kann eine Untersuchung des zurückhaltenden Verhaltens der Kommission im Fall ebenfalls rechtfertigen. Diese Überlegungen führen zu der folgenden Forschungsfrage:

Warum hat die Europäische Kommission im Fall Turów nie ein eigenes Vertragsverletzungsverfahren gegen Polens bestehende Noncompliance eingeleitet?

Ich werde zur Beantwortung dieser Frage eine Einzelfallstudie durchführen, die den Fall Turów und die Rolle der Kommission in diesem Fall untersucht. Nach der Einleitung und einem Literatur-Review stelle ich theoretische Überlegungen zum strategischen Umgang der Kommission mit Noncompliance (Noncompliance-Management) und einer Toleration of Noncompliance (ToN) basierend auf den Veröffentlichungen von Falkner (2018) und Zhang (2022a) vor. Hierzu werden zusätzlich theoretische Erwartungen und kritische Reflexionen formuliert. Darauf folgt eine ausführliche Darstellung des Rechtskonflikts um Turów. Die Analyse des Falls ergründet anschließend, warum die Kommission im Fall Turów nie ein eigenständiges Vertragsverletzungsverfahren initiiert hat. Abschließend folgt die Diskussion der Ergebnisse sowie ein Fazit und ein Ausblick auf weitere Entwicklungen und Forschungsmöglichkeiten.

2. Literatur-Review

Im Hinblick auf den Umgang der Kommission mit Noncompliance gibt es in der Noncompliance-Literatur einen Konsens darüber, dass die Kommission selektiv und strategisch vorgeht (Mbaye 2001: 268; Hartlapp & Falkner 2009: 292 f.; Steunenberg & Rhinard 2010: 502, Blauburger & Kelemen 2017: 323, Fjelstul & Carrubba 2018: 442). Ein Teil der Literatur verwendet quantitative Forschungsmethoden und argumentiert über spieltheoretische Modelle, dass die Kommission ihre Entscheidungen zum Umgang mit Noncompliance über Kosten-Nutzen-Erwägungen treffe (Steunenberg 2010; König & Mäder 2014; Cheruvu 2022) und dabei den Mehrwert und die Erfolgchancen (König & Mäder 2014; Cheruvu 2022) ihrer Verfahren, sowie Sanktionskosten (König & Mäder 2014) berücksichtige. Andere Studien nehmen an, dass Handlungsmotive der Kommission bei Noncompliance oft von ihren eigenen Präferenzen und politischen Erwägungen (Fjelstul & Carrubba 2018) und/oder derer der MS abhängig sein können (Steunenberg 2010; Kelemen & Pavone 2022). Einige Autoren sind der Ansicht, dass die Kommission bei Noncompliance konsensuale Strategien gegenüber Zwangsmaßnahmen bevorzugt (Hartlapp 2007; Batory 2016: 688; Closa 2019, zitiert nach Priebus 2022: 1694), und oft den Dialog und die Kooperation mit den Regierungen eingeht (Tallberg 2002: 612 f.; Kelemen & Pavone 2022; Priebus 2022: 1693 f.). Hofmann (2018) stellt außerdem fest, dass die Kommission sich zunehmend aus zentralisierten Formen der Rechtsdurchsetzung wie Vertragsverletzungsverfahren zurückgezogen hat, stärker informelle Instrumente für ihr Compliance-Management einsetzt, und private, dezentralisierte Durchsetzung verstärkt unterstützt.

Trotz einer großen Vielfalt an Noncompliance-Forschung gibt es aber nur wenige Studien, die sich mit der Frage beschäftigen, warum die Kommission in einem einzelnen Noncompliance-Fall zurückhaltend aufgetreten ist. Zhang (2022b) versucht dies allerdings für einen Fall einer Noncompliance der Slowakei und stellt dabei die These auf, dass die Kommission Noncompliance nicht unbedingt aus Eigennützigkeit tolerieren könne, sondern auch, um die Stabilität des EU-Rechtssystems zu sichern. Zhang (2022a) entwickelt darüber hinaus über weitere empirische Einzelfälle das theoretische Konzept einer Toleration of Noncompliance (ToN) und eine dazugehörige Typologie.

Der Literaturüberblick zeigt, dass sich die Literatur umfassend mit dem Umgang der Kommission mit Noncompliance beschäftigt hat, dabei aber nur vereinzelt mit einer bewussten Zurückhaltung der Kommission in einem konkreten Noncompliance-Fall. Dies spricht dafür, dem Forschungsinteresse dieser Arbeit nachzugehen.

3. Theoretischer Rahmen

Es werden nun theoretische Überlegungen von Falkner (2018) und Zhang (2022a) vorgestellt, die den theoretischen Rahmen der Arbeit stellen und zur Bildung von Erklärungsansätzen für das Verhalten der Kommission im Fall Turów beitragen sollen.

3.1. Noncompliance-Management und *Toleration of Noncompliance* der EU-Kommission

Der Begriff Noncompliance bezieht sich auf Fälle einer Nichtumsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht, deren fehlerhafte rechtliche Umsetzung oder eine fehlerhafte Anwendung von EU-Richtlinien, Verordnungen oder Vertragsartikeln durch die MS (Börzel 2021: 14 f.). Liegt eine Noncompliance vor, ist die Durchsetzung des EU-Rechts in erster Linie Aufgabe der Kommission (Art. 17, EUV). Ihr stehen hierfür vor allem Vertragsverletzungsverfahren zur Verfügung (Art. 258, AEUV).

Unter dem Begriff Noncompliance-Management sind in dieser Arbeit nun jene Verhaltensweisen der Kommission gemeint, die ein strategisches Vorgehen im Umgang mit Noncompliance aufweisen. Falkner (2018) und Zhang (2022a) haben sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie und warum sich die Kommission bei einer bestehenden Noncompliance mit eigenen Maßnahmen strategisch zurückhalten könnte, vor allem wenn diese nach einem Vertragsverletzungsverfahren und Urteilen des EuGH weiterhin besteht. Falkner (2018) merkt an, dass die Anzahl von Überweisungen von Rechtsverstößen an den EuGH durch die Kommission über Vertragsverletzungsverfahren seit 2007 stetig abgenommen hat (ebd.: 771). Als ein wichtiger Grund hierfür könne unter anderem das offizielle Vorgehen der Kommission bei der Durchsetzung von EU-Recht angesehen werden (ebd.: 774), welches sie im Jahre 2017 in einer Mitteilung mit dem Titel „EU-Recht: Bessere Ergebnisse durch bessere Anwendung“ (European Commission 2017b) veröffentlichte. In dieser wird „(...) ein strategischerer Ansatz für die Durchsetzung im Falle von Verstößen gegen das EU-Recht.“ angestrebt (ebd.: 11). Die Kommission berücksichtige etwa, welcher Mehrwert bei einem Vertragsverletzungsverfahren erzielt werden kann und schließe ihr Verfahren, wenn ihr dies aus politischer Sicht angebracht erscheint (ebd.: 15). Diesen Ansatz könne die Kommission laut Falkner auch schon vor der Veröffentlichung dieser Mitteilung verfolgt haben (Falkner 2018: 774). Ein Rückgang der Verfahren vor dem EuGH könne aber auch auf die Einführung von alternativen Verfahren zurückzuführen sein, die Noncompliance außergerichtlich regeln. Die Kommission hat etwa transgouvernementale Netzwerke (Hobolth & Martinsen 2013: 1406, zitiert nach Falkner 2018: 773) wie *EU-Pilot* ins Leben gerufen, um darüber in einen

Problemlösungsdialog mit MS eintreten zu können (Falkner 2018: 773).

Zhang (2022a) hat die Frage untersucht, warum die Kommission als ‚Hüterin der Verträge‘ Noncompliance toleriert.

Er weist darauf hin, dass die EU-Verträge der Kommission neben ihrem Mandat, die Anwendung des EU-Rechts zu überwachen, auch ein politisches Mandat zuweisen, worunter das Vorantreiben ihrer eigenen legislativen und politischen Agenda fällt (ebd.: 1, 10). Die Verschiedenheit dieser beiden Mandate könne widersprüchliche Anforderungen an die Kommission stellen. Sie folge bei der Ausübung ihrer Mandate daher verschiedenen Verhaltenslogiken, welche ihre Entscheidungsfindung beeinflussen könnten (ebd.: 8). Zhang stellt die These auf, dass das Handeln der Kommission bei der Durchsetzung des EU-Rechts sowohl von der Rolle eines „politischen Agents“ als auch einer "juristischen Treuhänderin" geprägt sei (ebd.: 1). Als politischer Agent verfolge sie das Ziel, ihre gesetzgeberische und policy Agenda voranzutreiben (ebd.: 10). Als juristische Treuhänderin sei die Kommission bestrebt, das Funktionieren und die Stabilität des EU-Rechtssystems aufrechtzuerhalten (ebd.: 8). Zhang geht davon aus, dass die Kommission als ein Hybrid dieser beiden Rollen auftritt, vor allem im Hinblick auf ihre praktische Arbeit (ebd.). Hierbei könne es zu einer Toleration of Noncompliance (ToN) kommen. Eine solche definiert Zhang als:

“(…) a conscious decision of the Commission to officially terminate the enforcement procedure when the alleged noncompliance remains unrectified and is still considered by the Commission as illegal.” (Zhang 2022a: 2).

Nach dem Principal-Agent Modell delegiert ein Auftraggeber (Principal) Entscheidungsbefugnisse an einen Bevollmächtigten (Agent), in der Erwartung, die Effizienz des Regelsystems zu erhöhen (Kiewiet & McCubbins 1991; Hawkins et al. 2006: 7; zitiert nach Zhang 2022a: 6 f.). Aufgrund von Informationsasymmetrien und Interessenkonflikten könnte der Bevollmächtigte jedoch die ihm übertragenen Befugnisse nutzen, um seine eigenen Interessen auf Kosten seines Auftrages strategisch zu verfolgen (Pollack 2003; Tallberg 2003: 20; zitiert nach Zhang 2022a: 7). Aufbauend auf dieser Grundannahme könne sich die Kommission als politischer Agent in Reaktion auf Präferenzen der MS oder zur Förderung ihrer Eigeninteressen unter Vernachlässigung ihres Mandats als ‚Hüterin der Verträge‘ zu einer ToN entscheiden (Zhang 2022a: 7). Ein solches Verhalten könne von ihr als Gegenleistung für die Anpassung unwilliger MS an andere Bereiche ihrer politischen Agenda eingesetzt werden

(ebd.: 10). Die Rolle einer juristischen Treuhänderin erfordere hingegen eine quasi vollständige Autonomie der Kommission (ebd.: 7), sie darf von den Regierungen weder Weisungen einholen noch entgegennehmen (Art. 17, EUV). Ihr nachzukommen könne bei unklaren, unausgeglichenen oder sich überschneidenden Rechtslagen zwischen EU-Recht und nationalem Recht aber im Sinne einer Stabilität des EU-Rechtssystems auch zu einer ToN führen (Zhang 2022a: 9).

3.2. Theoretische Erwartungen und kritische Reflexionen

Zhang (2022a: 3) räumt ein, dass der Verzicht der Kommission auf die Durchsetzung von EU-Recht nicht auf eine einzige kausale Logik zurückgeführt werden kann. Ein einzelner ToN-Fall müsse zudem stets unter Berücksichtigung des spezifischen rechtlichen und politischen Kontextes bewertet werden (ebd.). Aufgrund der Eigenheiten des Falls Turów könnten somit zwar Elemente des theoretischen Rahmens empirisch zutreffen, in anderen Punkten aber nur ein Ausgangspunkt für alternative Erklärungen sein können oder gar nicht zutreffen. Die ausgewählte Einzelfallstudie könnte illustrativ für eine ToN sein, kann aber keinesfalls darauf abzielen, eine Allgemeingültigkeit des theoretischen Rahmens zu demonstrieren.

Die empirische Forschung zu ToN ist des Weiteren durch eine empirische Unsichtbarkeit des Phänomens herausgefordert, da die Entscheidungsgrundlagen der Kommission vertraulich behandelt werden (Prete 2016: 38, zitiert nach Zhang 2022a: 7). Zhang (2022a: 2 f.) hebt auch die begriffliche Unklarheit des Konzepts und die Schwierigkeit, ToN-Fälle von Fällen einer Gütlichen Einigung („amicable settlements“) zu differenzieren, hervor.

Da für den Fall Turów eventuell nicht genug Primärquellen der Kommission öffentlich zur Verfügung stehen, die eine ToN dieser belegen könnten, könnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich auf Erklärungsansätze verwiesen werden müssen, deren hinreichende Validität noch über interne Dokumente und Interviews mit Verantwortlichen der Kommission überprüft werden müsste. Ein weiteres Problem dürfte im Fall eine Differenzierung zwischen einer Gütlichen Einigung und einer ToN sein. Die Definition von ToN könnte auch zu eng sein und den Fall aufgrund seiner atypischen Eigenschaften ausschließen.

4. Methode

Da der Fall Turów ungewöhnliche Eigenschaften besitzt, und diese genau herausgearbeitet werden sollten, um verstanden werden zu können (Behnke et al. 2010: 83-87), wird als Forschungsmethode die qualitative Einzelfallstudie gewählt (Behnke et al. 2010: 83-87; Yin 2017: 353). Über eine prozessanalytische Herangehensweise soll der Rechtskonflikt um Turów und die Rolle der Kommission retrospektiv rekonstruiert werden (Nullmeier 2021: 209 ff.). Es werden hierbei empirische Primär- und Sekundärquellen zum Rechtskonflikt untersucht. Hierzu zählen vor allem öffentlich zugängliche Dokumente der Kommission, Antworten dieser auf Petitionen im Europäischen Parlament und ein öffentlich zugängliches Statement eines Beamten der Kommission. Außerdem werden Beschlüsse und Pressemitteilungen des EuGH, Klagen und Anträge vor dem Warschauer Verwaltungsgericht, ein Urteil dieses Gerichts, offizielle Beschlussdokumente der polnischen Regierung, sowie unabhängige Gutachten herangezogen. Es wird auch tschechische, polnische und deutsche mediale Berichterstattung berücksichtigt. Hierbei wird in erster Linie nach erklärendem Material für mögliche Ursachen für das Verhalten der Kommission im Rechtskonflikt gesucht. Der theoretische Rahmen dient als Ausgangspunkt der Analyse und unterstützt die Bildung von Erklärungsansätzen auf der Grundlage des empirischen Materials (Nullmeier 2021: 45; Blatter et al. 2017: 179, 185). Der Untersuchungszeitraum der Arbeit liegt zwischen den Jahren 2019 bis Juli 2023, da der Hergang des Rechtskonfliktes ab 2019, das Vertragsverletzungsverfahren gemäß Art. 259 ab 2020 und der Zeitraum nach der Einstellung dieses Verfahrens im Februar 2022 bis Juli 2023 berücksichtigt werden.

5. Fallauswahl

Der Fall Turów ist zum einen atypisch, da zum ersten Mal in der Geschichte der EU ein MS einen anderen wegen eines Verstoßes gegen EU-Umweltrecht über den Art. 259 verklagt hat (Basheska 2021: 3) und es anfänglich nicht gelang, den Konflikt über diplomatische Mittel zu lösen. Zum anderen blieb die Noncompliance durch Polen trotz mehrerer Beschlüsse des EuGH und der Beilegung des zwischenstaatlichen Konfliktes über ein bilaterales Abkommen weitgehend bestehen, die Kommission hat sich aber nicht mehr mit dem Fall befasst. Die Fallanalyse verspricht, Erkenntnisse im Hinblick auf dieses Verhalten der Kommission zu liefern. Für die Untersuchung des Konzepts ToN sind aus empirischer und methodischer Sicht zudem Belege auf Fallebene erforderlich, wie Zhang (2022a: 6) betont. Hierzu kann der Fall Turów einen Beitrag leisten, indem herausgearbeitet wird, inwiefern dieser sich in das theoretische Konzept ToN einordnen lässt.

6. Der Rechtskonflikt um den polnischen Braunkohletagebau Turów

Das mehrheitlich staatliche polnische Betreiberunternehmen des Braunkohletagebaus Turów, *PGE*, hatte Ende 2019 beim polnischen Umweltministerium eine Verlängerung der 2020 auslaufenden Bergbaukonzession Turóws bis 2026 beantragt und hierfür im März 2020 eine Genehmigung gemäß polnischem Recht erhalten (PGE S.A. 2020; Regionalny Dyrektor Ochrony Środowiska 2020). Tschechien war hierbei der Auffassung, dass Polen die Verlängerung der Konzession ohne eine angemessene grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erteilt hatte und die negativen Auswirkungen des Tagebaus auf tschechisches Staatsgebiet, etwa auf das Grundwasser, nicht ausreichend berücksichtigt habe. Zudem habe Polen Tschechien und die Öffentlichkeit zu spät und unvollständig über die Entscheidung der Verlängerung der Konzession in Kenntnis gesetzt. Polen habe dabei gegen mehrere EU-Richtlinien verstoßen (European Commission 2020). Der Konflikt um Turów ist ein Fall, in dem anfangs eher eine zwischenstaatliche politische Verständigung ohne Rechtsweg zu erwarten gewesen wäre. Seit 2019 führten Tschechien und Polen zwischenstaatliche Konsultationen zu Turów (Generalna Dyrekcja Ochrony Środowiska o. D.; Ministerstvo životního prostředí 2019). Diese blieben trotz Bemühungen, negative Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen zu vermeiden (ČTK 2019; Hosnedlová 2020), aber erfolglos, da Polen laut Tschechien nicht zufriedenstellend auf Anfragen reagierte und Informationen vorenthielt (ČTK 2020). Tschechien wandte sich daher an die Kommission, die ein EU-Pilotverfahren einleitete, ein informeller, strukturierter Dialog zwischen der Kommission und dem MS (European Commission 2022b), über den die Kommission versuchte, zu einer konstruktiven Lösung beizutragen (European Parliament. Committee on Petitions 2022b: 2), was jedoch hier nicht gelang. Trotz geäußertem Verständnis für die Bedeutung Turóws für Polens Energiebilanz (ČTK 2019) leitete Tschechien daher im September 2020 ein Vertragsverletzungsverfahren gemäß Art. 259 (AEUV) gegen Polen ein (European Commission 2020), betonte jedoch trotzdem die bestehende Möglichkeit einer außergerichtlichen Einigung mit Polen (ČTK 2020). Ende 2020 gaben Tschechien und Polen in einem von der Kommission durchgeführten kontradiktorischen Verfahren gemäß Art. 259 Stellungnahmen ab (Plevák 2020). Die Kommission stellte nach diesem Verfahrensschritt im Dezember 2020 in einer mit Gründen versehenen Stellungnahme fest, dass Polen tatsächlich gegen EU-Recht verstoßen hat, insbesondere gegen die Richtlinie 2011/92/EU über die UVP bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, aber auch gegen die Richtlinie 2003/4/EG

über den Zugang zu Informationen in Bezug auf die Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der beteiligten MS im grenzüberschreitenden Verfahren und den Zugang zu Gerichten sowie gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (Artikel 4, Absatz 3, EUV) (European Commission 2020).

Tschechien reichte daraufhin im Februar 2021 eine Klage vor dem EuGH ein und warf Polen darin Rechtsverstöße gegen die UVP-Richtlinie 2011/92/EU, den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit sowie die Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG vor (C-121/21, Tschechische Republik/Republik Polen, 26. Februar 2021). Zusätzlich argumentierte Tschechien in einem Antrag auf einstweilige Maßnahmen gemäß Art. 279 (AEUV), dass der Betrieb Turóws bis zu einem endgültigen Urteil in der Rechtssache eingestellt werden solle, da dieser bereits ernsthafte Umwelt- und Gesundheitsschäden auf tschechischem Gebiet verursache (C-121/21, Tschechische Republik/Republik Polen, 26. Februar 2021). Der EuGH gab diesem Antrag statt und forderte Polen in einem Beschluss vom Mai 2021 auf, den Betrieb des Tagebaus sofort einzustellen, bis ein endgültiges Urteil gefallen ist (C- 121/21, Tschechische Republik/Republik Polen, 21. Mai 2021). Polen wehrte sich allerdings dagegen, diesen Beschluss zu vollstrecken und verwies auf eine Gefährdung der Versorgungssicherheit des polnischen Stromnetzes und drohende sozioökonomische Folgen für Polen im Falle einer Einstellung des Betriebs Turóws (ebd.: 12). Die Kommission trat kurz darauf im Juni 2021 dem Verfahren als Streithelferin des Antragstellers Tschechien bei (European Parliament. Committee on Petitions 2022a: 4). Der EuGH sah die Argumentation Polens schließlich nicht als ausreichend begründet an und verpflichtete Polen im September 2021 dazu, ein tägliches Zwangsgeld von 500.000 Euro an die Kommission zu zahlen, bis die angeordnete Stilllegung Turóws vollstreckt sei (C-121/21, Tschechische Republik/Republik Polen, 20. September 2021). Trotz alledem setzte Polen den Betrieb des Tagebaus fort und weigerte sich vehement, die Strafen zu zahlen⁴ (EURACTIV & Reuters 2021; Gwozdz-Palokat 2021).

Am 4. Februar 2022 endete der Gerichtsfall schließlich ohne ein Urteil des EuGH. Tschechien und Polen zogen alle Ansprüche aufgrund einer Gütlichen Einigung in Form eines außergerichtlichen bilateralen Abkommens zurück und das Gerichtsverfahren wurde eingestellt (C-121/21, Tschechische Republik/Republik Polen, 04. Februar 2022; Republic of Poland & Czech Republic 2022). Dieses Abkommen legt verbindliche Maßnahmen fest, welche die Auswirkungen des Braunkohletagebaus auf das tschechische Gebiet begrenzen sollen. Polen

⁴ Die polnische Regierung versuchte die vom EuGH verhängten Strafzahlungen angesichts der später erzielten Einigung mit Tschechien für nichtig zu erklären. Dies scheiterte im Mai 2022 vor dem EuGH (Tschechische Republik/Republik, C-121/21, 2022) und 68,5 Millionen Euro wurden durch die Kommission von Polens EU-Haushaltsmitteln abgezogen (European Parliament, Committee on Petitions 2022a: 6; Krzysztoszek 2022).

verpflichtet sich in erster Linie dazu, eine Entschädigung von 35 Mio. Euro an Tschechien zu zahlen (Republic of Poland & Czech Republic 2022: 36 f.). Das Abkommen sieht darüber hinaus vor, dass Streitigkeiten zu Turów künftig möglichst über Verhandlungen geklärt werden und Tschechien kein weiteres Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 259 einleitet (ebd.: 50 f.). Im Abkommen wird die UVP-Richtlinie 2011/92 nur am Rande erwähnt. Vor dem EuGH hatte Tschechien noch vor allem eine Noncompliance Polens mit dieser beklagt. Nun wurde jedoch lediglich festgeschrieben, dass Polen Tschechien die Möglichkeit geben solle, zu entscheiden, ob es an der grenzüberschreitenden UVP teilnehmen möchte, falls dies gemäß der Richtlinie erforderlich sein sollte (Republic of Poland & Czech Republic 2022: 40). Polen entscheidet also größtenteils weiterhin alleine über die Angemessenheit des Genehmigungsverfahrens für die Konzession Turóws. Die polnische Regierung hat mittlerweile sogar eine Verlängerung dieser bis zum Jahr 2044 beschlossen (Bogatynia 2021a). Die Kommission antwortete zwar im April 2022 auf eine Petition aus der tschechischen Grenzregion *Liberecký kraj*, die andauernde Umweltschäden durch Turów thematisierte und ein Vertragsverletzungsverfahren der Kommission forderte, dass sie die Bedingungen des Abkommens und seine Folgen prüfe, ihren institutionellen Aufgaben gemäß Art. 259 aber bereits vollständig nachgekommen sei (European Parliament. Committee on Petitions 2022a: 6).

Es kann im Fall Turów zudem eine starke Zurückhaltung der deutschen Bundesregierung und der sächsischen Landesregierung beobachtet werden (Ulbrich 2023). Die betroffene sächsische Grenzstadt Zittau hat im Jahr 2023 allerdings vor dem Verwaltungsgericht in Warschau gegen die UVP-Entscheidung der polnischen Regierung zu Turów geklagt (Stadtverwaltung Zittau 2023) und einen Antrag gegen die Vollstreckung dieser eingereicht (Aktenzeichen IV SA/Wa 654/23). Das polnische Gericht stellte im Mai 2023 tatsächlich einen Verstoß gegen die UVP-Richtlinie 2011/92 fest und entschied, dass die Entscheidung der polnischen Regierung, die Konzession auf der Grundlage der UVP zu verlängern, so lange auszusetzen ist, bis die Beschwerde vom Oberverwaltungsgericht Polens geprüft wurde (Aktenzeichen IV SA/Wa 654/23). Die polnische Umweltdirektion und PGE legten beim polnischen Oberverwaltungsgericht jedoch Berufung gegen dieses Urteil ein (Wojewódzki Sąd Administracyjny w Warszawie 2023). Dieses urteilte im Juli 2023, dass die angeordnete Einstellung des Betriebs Turóws wieder aufgehoben werden muss, da das „öffentliche Interesse am Weiterbetrieb“ im Urteil des Warschauer Verwaltungsgerichts nicht ausreichend berücksichtigt worden sei (Sächsische Zeitung 2023).

Des Weiteren sind auch nicht-staatliche Akteure im Konflikt um Turów involviert. Die Umweltorganisationen Greenpeace und EKO-UNIA klagten ebenfalls vor dem Warschauer Verwaltungsgericht gegen die UVP-Entscheidung und Greenpeace reichte dort auch einen Antrag gegen diese ein (Aktenzeichen IV SA/Wa 654/23). Der BUND Sachsen legte zudem Beschwerde bei der Kommission ein (BUND Sachsen 2022), auch gegen das bilaterale Abkommen, mit der Begründung, dass es negative Umweltfolgen durch Turów und die Noncompliance Polens nicht auflöse (Zachová 2022). Auf der anderen Seite legten die polnische Gemeinde *Bogatynia* und Gewerkschaften der Belegschaft Turóws eine Beschwerde bei der Kommission gegen den EuGH-Beschluss ein, den Betrieb Turóws übergangsweise einstellen zu müssen (Bogatynia 2021b; European Parliament, Committee on Petitions, 2022c) und polnische Gewerkschaftsmitglieder protestierten öffentlich gegen diesen (Wiadomosci.tvp 2021).



Abbildung 1: Die geografische Lage des Braunkohletagebaus *Turów*. Quelle: In Anlehnung an Auszug aus Google LLC (2023): Google Maps [Kartendienst], [online]

7. Fallanalyse: Erklärungsansätze für das Verhalten der EU-Kommission im Fall Turów

Es folgt nun eine Verbindung empirischer Quellen und Beobachtungen zum Fall Turów mit dem theoretischen Rahmen, um das Verhalten der Kommission einordnen und Erklärungsansätze für dieses bilden zu können.

Eine Erklärung dafür, dass die Kommission bisher kein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polens Noncompliance im Fall Turów eingeleitet hat, kann anknüpfend an Falkners (2018) Hinweis von den offiziellen Strategien der Kommission zur Durchsetzung von EU-Recht abgeleitet werden. Die Kommission hat im Jahr 2022 eine Mitteilung mit dem Titel „Durchsetzung des EU-Rechts für ein Europa, das greifbare Ergebnisse liefert“ veröffentlicht (Europäische Kommission 2022) aus der hervorgeht, dass sich die Kommission bei Noncompliance-Fällen weiterhin an dem strategischen Ansatz und den Prioritäten ihrer Mitteilung aus dem Jahr 2017 orientiert (ebd.: 24). In ihr werden lediglich kleinere Änderungen und Ergänzungen vorgenommen. Somit kann gesagt werden, dass die Kommission sich im Untersuchungszeitraum der Arbeit von 2019 bis Juli 2023 offiziell nach dem Inhalt der Mitteilungen von 2017 und 2022 richtete.

Der strategische Ansatz der Mitteilungen kann bei der Antwort der Kommission auf eine Petition beobachtet werden (European Parliament, Committee on Petitions 2022b), die einen Verstoß gegen die UVP-Richtlinie 2011/92 bei einem Autobahn- und Stromnetz Infrastrukturprojekt in Polen beklagte. Die Kommission erläuterte in dieser, sie nutze ihrer Mitteilung von 2017 zufolge ihren Ermessensspielraum, um Vertragsverletzungsverfahren strategisch und je nach Mehrwert einzusetzen (ebd.: 3). Sie unterscheide dabei zwischen Einzelfällen und systemischen Verstößen. Für Einzelfälle von Noncompliance, die nicht systemisch seien, könnten geeigneter nationale Rechtsbehelfe angewendet werden, weshalb die Kommission keine Absicht habe, den Fall weiterzuverfolgen (ebd.: 3 f.). Analoge Erwägungen der Kommission könnten im Fall Turów dazu geführt haben, dass sie kein Vertragsverletzungsverfahren einleitete.

In einem anderen Fall einer strukturellen Noncompliance mit der UVP-Richtlinie 2011/92 hatte die Kommission im Jahr 2019 hingegen ein Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 gegen Polen eingeleitet (Europäische Kommission 2019: 5). Es ging in diesem darum, dass Polen es nicht erlaubte, vor nationalen Gerichten einen vorübergehenden Stopp der Umsetzung strittiger Vorhaben zu beantragen oder die endgültige Genehmigung von Projekten aufgrund eines Rechtsverstößes anzufechten (Europäische Kommission 2019: 5). Polen änderte 2021 sein

UVP-Gesetz schließlich (Dz.U. 2021 poz. 784 vom 30. März 2021), woraufhin die Kommission die Noncompliance als berichtigt ansah und das Verfahren einstellte (European Parliament. Committee on Petitions 2022b: 3 f.). Dies zeigt, dass die Kommission bei einer strukturellen Noncompliance mit der UVP-Richtlinie 2011/92 bereit war, ein eigenes Verfahren einzuleiten, mit dem Ziel sicherzustellen, dass ein wirksamer Rechtsbehelfsmechanismus mit dem polnischen UVP-Gesetz in Anspruch genommen werden kann. Es ist ersichtlich, dass die Stadt Zittau und Greenpeace vor dem Warschauer Verwaltungsgericht auf der Grundlage von diesem die Aussetzung der Vollstreckung der UVP-Entscheidung der polnischen Regierung beantragten, auf der die verlängerte Bergbaukonzession Turóws beruht (Art. 28, Dz.U. 2021 poz. 784; Aktenzeichen IV SA/Wa 654/23).

Die Kommission ist laut ihrer Mitteilung von 2022 zudem der Auffassung, dass es bei der Durchsetzung von EU-Recht darum gehe, mit den MS zu kooperieren (Europäische Kommission 2022: 8). Wichtig sind bei diesem Ansatz auch EU-Pilotverfahren (ebd.: 16, 22). Wie ein hoher Beamter der Generaldirektion Umwelt (DG Environment) der Kommission, *Aurel Ciobanu-Dordea* (Aurel CIOBANU-DORDEA o. D.), im Juli 2020 im Europäischen Parlament als Antwort auf eine Petition zu den negativen Folgen Turóws auf tschechisches Grundwasser erklärte, beabsichtigte die Kommission, die Gespräche mit den Behörden beider MS fortzusetzen, um eine Lösung zu finden. Erst wenn sich dieser Ansatz als unwirksam erweise, werde sie ein Vertragsverletzungsverfahren in Betracht ziehen (PETI Committee Meeting. European Parliament Multimedia Centre 2020: 13:41-22:09). Das Pilotverfahren führte aber zu keiner Lösung und Tschechien klagte gemäß Art. 259 vor dem EuGH. Es könnte angenommen werden, dass die Kommission dieses Verfahren Tschechiens als Ersatz für ein eigenes Verfahren nach Art. 258 gewertet haben könnte und daher als Streithelferin dem Verfahren beitrug, anstatt ein eigenes Verfahren zu eröffnen.

Die Zurückhaltung der Kommission könnte aber auch über länderspezifische- und sektorspezifische Faktoren (Treib 2014: 22 ff.) und den politischen Kontext in Polen erklärt werden. Polnische Gewerkschaften, das Betreiberunternehmen *PGE* und die Lokalregierung *Bogatynias* stellen sich vehement gegen einen Stopp des Braunkohleabbaus in Turów (Bogatynia 2021b; Wiadomosci.tvp 2021; PGE S.A. 2023). Dieser wird in der regionalen Bevölkerung mehrheitlich unterstützt (Żuk & Żuk P. 2022: 4 ff.). Die Noncompliance Polens

kann somit als politisiert bezeichnet werden, was ihren Fortbestand begünstigen kann (Börzel 2021: 43 ff.). Die PiS bemüht zudem das Narrativ der Kohleenergie als Garant für die nationale Souveränität (Żuk & Szulecki 2020: 12 ff.; Biedenkopf 2021) und misst Turów hierbei große Bedeutung bei (Bogatynia 2021c). Polens Strommix setzte sich 2022 zu etwa 70 % aus Kohleenergie zusammen (Forum Energii 2023: 32) und Turów deckt laut der Regierung 5 bis 7 % des polnischen Strombedarfs (The Chancellery of the Prime Minister 2023). Es fehlt eindeutig der politische Wille der PiS-Regierung, eine zeitnahe Substitution der Kohleenergie mit erneuerbaren Energieträgern einzuleiten (Riedel 2019; Taylor 2021). Bemühungen der Kommission, Polen auf die Linie der eigenen energiepolitischen Agenda zu bringen, sind in der Region *Bogatynia-Zgorzelec* bisher gescheitert, wie der Ausschluss der Region aus dem Förderprogramm des Just Transition Funds (JTF) im Jahr 2021 aufgrund der Verlängerung der Konzession Turóws zeigte (European Parliament. Committee on Petitions 2022c: 6). Die vom EuGH verhängten Strafzahlungen haben Polen finanziell deutlich mehr gekostet als die Summe an finanziellen Unterstützungen für Tschechien aufgrund des bilateralen Abkommens. Dies zeigt, welche hohen Kosten Polen bei dieser Noncompliance bereit ist in Kauf zu nehmen.

Falkner (2018: 770) weist darauf hin, dass fraglich sein kann, ob Verstöße gegen den Willen der jeweiligen Regierungen der MS überhaupt gestoppt werden können. Die Kommission könnte eine Compliance Polens im Fall Turów aufgrund des oben aufgeführten Kontextes in Polen schlicht für unrealistisch halten und einen Mehrwert eines Vertragsverletzungsverfahrens dementsprechend nicht erwarten.

Nun wird erörtert, inwiefern sich Zhangs Definition und These zu ToN dazu geeignet sind, den Fall Turów theoretisch zu erfassen und zu seiner Erklärung beizutragen.

Da das Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 259 von Tschechien eingeleitet wurde und im Zuge des Abkommens zwischen Tschechien und Polen eingestellt wurde, kann nicht davon gesprochen werden, dass die Kommission das Verfahren beendet hat. Es kann außerdem nicht klar belegt werden, dass die Kommission Polens Noncompliance mit der UVP-Richtlinie im Fall Turów immer noch für illegal hält, auch wenn aufgrund der unveränderten Situation seit ihrer Stellungnahme im Jahr 2020 davon ausgegangen werden kann. Zhang (2022a: 2) weist darauf hin, dass eine ToN nicht mit einer Gütlichen Einigung verwechselt werden dürfe. Im Fall Turów kam es aber zu einer Gütlichen Einigung zwischen Tschechien und Polen, welche zu einer Beendigung des Vertragsverletzungsverfahrens führte, auch wenn die Kommission nicht am Abkommen mitwirkte. Zhang (2022b) merkt zu einer solchen an: „(...) amicable settlements (...) usually entail some degree of behavioural changes from the member state in

question, for example, a partial rectification of noncompliance.” (Andersen, 2012: 18, zitiert nach Zhang 2022b: 1002). Dies ist in Bezug auf die Voraussetzung für eine ToN, „(...) the alleged noncompliance remains unrectified (...)“ (Zhang 2022a: 2), von Bedeutung. Welche Teile der Noncompliance das Abkommen aufgelöst hat, wurde weder von der Kommission noch dem EuGH öffentlich festgestellt. Es kann im Rahmen dieser Arbeit somit nicht eindeutig bewertet werden, ob es zu einer partiellen Berichtigung der Noncompliance im Fall Turów kam. Es ist aber davon auszugehen, dass der Verstoß gegen die Richtlinie 2003/4/EG über den Zugang zu Informationen mit dem Abkommen zum Teil aufgelöst wurde (Republic of Poland & Czech Republic 2022: 37). Wäre eine partielle Berichtigung der Noncompliance gegeben, würde dies der Definition einer ToN nach Zhang widersprechen.

Zur These Zhangs, dass die Kommission im Falle einer ToN als ‚politischer Agent‘ und als ‚juristische Treuhänderin‘ agieren könne, kann gesagt werden, dass eine ToN der Kommission nicht auf die Ausübung der Rolle einer juristischen Treuhänderin zurückgeführt werden kann, da die betroffenen Richtlinien das Funktionieren und die Stabilität des EU-Rechtssystems nicht beeinträchtigt haben. Es könnte aber argumentiert werden, dass die Kommission im Konflikt als politischer Agent auftrat. Die Kommission hat sich im Fall Turów dazu entschieden, die Kooperation der MS zu suchen (EU-Pilotverfahren) und sprach sich für eine „konstruktive Lösung mit beiden Parteien“ aus (European Parliament. Committee on Petitions 2022a: 3). Die Tatsache, dass das bilaterale Abkommen die in der Klage Tschechiens vorgebrachte Noncompliance mit der UVP-Richtlinie nicht löste, führte nicht dazu, dass die Kommission eigene Durchsetzungsmaßnahmen einleitete. Dies könnte im Gesamtbild darauf hinweisen, dass die Kommission die Präferenz der beiden MS, den Rechtskonflikt mit dem Abkommen zu beenden (Republic of Poland & Czech Republic 2022: 50 f.), bei ihrer Entscheidung berücksichtigt haben könnte, kein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Aufgrund der Vertraulichkeit ihrer Kommunikation mit den MS und ihrer Entscheidungsfindung kann dies aber nicht belegt werden und daher auch nicht als Erklärungsansatz dienen.

8. Diskussion

Es dürften somit die folgenden drei Gründe dazu geführt haben, dass die Kommission im Fall Turów kein eigenes Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat:

1. Der strategische Ansatz der Kommission aus den Mitteilungen von 2017 und 2022 priorisiert eine Verfolgung systemischer und struktureller Noncompliance. Als ein solcher Fall kann der Einzelfall Turów nicht gelten.
2. Bei nicht systemischen Einzelfällen von Noncompliance hält die Kommission nationale Rechtsbehelfe für die geeigneteren Maßnahmen gegenüber Vertragsverletzungsverfahren (European Parliament, Committee on Petitions 2022b: 3 f.). Im Fall Turów wurde der in dem 2021 überarbeiteten polnischen UVP-Gesetz festgeschriebene Rechtsbehelfsmechanismus (Art. 28, Dz.U. 2021 poz. 784) in Gestalt der Anträge der Stadt Zittau und Greenpeace vor dem Verwaltungsgericht Warschau in Anspruch genommen.
3. Die Kommission versucht, Noncompliance-Fälle zunächst vorzugsweise vermittelnd und in Kooperation mit den MS zu lösen, bevor sie Vertragsverletzungsverfahren in Erwägung zieht (Europäische Kommission 2022). Entsprechend dieser Präferenz leitete sie im Fall Turów ein EU-Pilotverfahren ein und sprach sich für eine einvernehmliche Lösung des Rechtskonfliktes aus (European Parliament. Committee on Petitions 2022a).

Es kann letztlich davon ausgegangen werden, dass die Kommission ihre offizielle Umgangsweise mit Noncompliance, die sie in ihren Mitteilungen von 2017 und 2022 festgelegt hat, im Fall Turów trotz seiner atypischen Eigenschaften recht stringent befolgt hat. Eine Einschätzung der Kommission, dass ein Einlenken Polens unter der PiS-Regierung unrealistisch ist und ein Mehrwert eines Vertragsverletzungsverfahrens daher nicht mit Sicherheit erwartet werden kann, könnte auch eine Rolle gespielt haben. Es könnte außerdem vermutet werden, dass die Kommission im Fall als politischer Agent nach Zhang (2022a) aktiv gewesen ist. Sie könnte der Präferenz der MS, den Rechtskonflikt mit dem Abkommen endgültig zu beenden, im Gespräch mit diesen entgegengekommen sein, und daher kein eigenes Verfahren eingeleitet haben. Beides kann in dieser Arbeit aber aufgrund mangelnder empirischer Evidenz nicht als ein Motiv der Kommission, kein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, belegt werden.

In Bezug auf Zhangs Definition einer Toleration of Noncompliance (ToN) weicht der Fall Turów in einigen Aspekten von dieser ab. Zwar scheint die Kommission tatsächlich die Noncompliance zu ‚tolerieren‘, vor allem da sie nach dem Abkommen nicht mehr aktiv wurde. Aufgrund seiner engen Definition findet das Konzept ToN aber nur begrenzt Anwendung. Dies war aufgrund der atypischen Eigenschaften des Falls zu erwarten (siehe Kapitel 3.2.). Dennoch könnte über eine Definition einer ToN mit offeneren Bedingungen nachgedacht werden, um den Fall theoretisch passender einordnen zu können. Falkners (2018) Hinweise auf die offizielle Strategie der Kommission zur Durchsetzung von EU-Recht und auf das Instrument der EU-Pilotverfahren haben jedoch entscheidende Hinweise zur Bildung der Erklärungsansätze geliefert.

Die Forschungsfrage lässt sich über die drei aufgeführten Erklärungsansätze größtenteils beantworten. Dies gelingt mittels einer Rekonstruktion der Handlungsschritte der Kommission, hauptsächlich über ihre Antworten auf Petitionen, und über den Vergleich dieser mit ihrer offiziellen Strategie zur Durchsetzung von EU-Recht. Um zu den Erklärungsansätzen zu gelangen, mussten Indizien aus anderen zusammenhängenden Noncompliance-Fällen auf den Fall Turów bezogen werden. Hier macht sich bemerkbar, dass fallbezogenes empirisches Material, wie Interviews mit Kommissionsbeamten und interne Dokumente der Kommission, zur eindeutigen Feststellung kausaler Ursachen für das Handeln dieser fehlt, gerade im Hinblick auf ihre internen Dynamiken und mögliche politische Erwägungen. Zukünftige Arbeiten könnten sich dieser Aufgabe annehmen, wenn sich der Zugang zu internen Quellen der Kommission ergibt.

9. Fazit und Ausblick

Es kann geschlussfolgert werden, dass der strategische Ansatz der Kommission, welcher die Bedeutung nationaler Rechtsbehelfe bei nicht systemischen Einzelfällen von Noncompliance hervorhebt, der wichtigste Grund dafür gewesen sein dürfte, dass die Kommission im Fall Turów kein Vertragsverletzungsverfahren einleitete. Zudem hat sich eine Präferenz der Kommission für eine Lösung des Rechtskonflikts über eine politische Verständigung zwischen den MS bemerkbar gemacht.

Der Braunkohletagebau Turów wird angesichts des neusten Urteils des polnischen Oberverwaltungsgerichts voraussichtlich bis mindestens 2026 in Betrieb bleiben. Dennoch zeigt sich, dass es neben starker Unterstützung vor allem seitens der PiS-Regierung auch Widerstand gegen Turów gibt, besonders ausgehend von zivilgesellschaftlichen Umweltorganisationen. Diese werden aufgrund der andauernden Noncompliance Polens möglicherweise weiterhin versuchen, einen Stopp des Braunkohleabbaus in Turów über den Rechtsweg in Polen zu erwirken. Ob dies gelingen kann, dürfte jedoch auch maßgeblich von der Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit der polnischen Justiz abhängen. Die energiepolitische Ausrichtung der nächsten polnischen Regierung nach der polnischen Parlamentswahl 2023 (Serwis Rzeczypospolitej Polskiej o. D.) könnte aber auch neue Entwicklungen im Fall anstoßen.

Eine weitere Forschungsmöglichkeit zum Fall könnte eine vertiefte Analyse der politischen Dynamiken im Dreiländereck sein. Es könnte stärker auf die polnische Energie- und Umweltpolitik, aber auch auf die Rolle Deutschlands im Konflikt Turów eingegangen werden, oder die Auswirkungen des Falls auf die Beziehungen Polens und Tschechiens innerhalb der Visegrád-Gruppe untersucht werden. Zum anderen könnte der Fall, im Vergleich mit anderen atypischen Fällen einer hartnäckigen Noncompliance, theoriebildend zu einem theoretischen Konzept zum Umgang der Kommission mit solchen beitragen.

10. Literatur- und Quellenverzeichnis

- Andersen, Stine (2012): The Commission's general powers of enforcement, in: Oxford University Press eBooks, S. 13–43, [online] doi:10.1093/acprof:oso/9780199645442.003.0002.
- Auer, Stefan/Pepijn Bergsen/Hans Kundnani (2021): The law as a tool for EU integration could be ending, in: www.chathamhouse.org, [online] <https://www.chathamhouse.org/2021/10/law-tool-eu-integration-could-be-ending> [abgerufen am 27.07.2023].
- Aurel CIOBANU-DORDEA (o. D.): European Union. EU Green Week, [online] https://green-week.event.europa.eu/speakers/aurel-ciobanu-dordea_en [abgerufen am 25.07.2023].
- Balcer, Adam/ Buras, Piotr/ Gromadzki, Grzegorz / Smolar Eugeniusz (2017): 'In a Clinch. The European Policy of the PiS Government', Stefan Batory Foundation, September 2017, [online] http://www.batory.org.pl/upload/files/pdf/rap_otw_eu/In%20a%20clinch-report.pdf [abgerufen am 25.07.2023].
- Basheska, E. (2021): Good European Neighbours: The Turów Case, Interim Measures in Inter- State Cases, and the Rule of Law. VerfBlog, [online] <https://verfassungsblog.de/good-european-neighbours/> [abgerufen am 25.07.2023].
- Batory, Agnes (2016): Defying the Commission: Creative Compliance And Respect For the Rule Of Law In The EU, in: Public Administration, Wiley-Blackwell, Bd. 94, Nr. 3, S. 685–699, [online] doi:10.1111/padm.12254.
- Behnke, Joachim/Nina Baur/Nathalie Behnke (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, UTB GmbH.
- Beschluss vom 17. Dezember 2018, Kommission/Polen, C-619/18, EU:C:2018:1021. [online] <https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-619/18> [abgerufen am 25.07.2023].
- Beschluss vom 21. Mai 2021, Tschechische Republik/Republik, C-121/21, EU:C:2021:420.
Vizepräsidentin des Gerichtshofs. Vorläufiger Rechtsschutz – Art. 279 AEUV – Antrag auf einstweilige Anordnungen – Umwelt – Richtlinie 2011/92/EU – Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten Projekten – Braunkohleabbau im Tagebau – Braunkohlebergwerk Turów (Polen). [online] https://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?mode=req&pageIndex=0&docid=241541&part=1&doclang=DE&text=&dir=&occ=first&%E2%80%A6 / [abgerufen am

25.07.2023].

Beschluss vom 20. September 2021, Tschechische Republik/Republik, C-121/21, EU:C:2021:752. Vizepräsidentin des Gerichtshofs. Vorläufiger Rechtsschutz – Art. 279 AEUV – Umwelt – Braunkohleabbau in einem Tagebau – Braunkohletagebau Turów (Polen) – Nichtdurchführung – Änderung der Umstände – Fehlen – Zwangsgeld. [online] https://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?mode=req&pageIndex=0&docid=246301&part=1&doclang=DE&text=&dir=&occ=first&c%E2%80%A6 / [abgerufen am 25.07.2023].

Beschluss vom 27. Oktober 2021, Kommission/Polen, C-204/21, EU:C:2021:878. [online] <https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-204/21> [abgerufen am 25.07.2023].

Beschluss vom 19. Mai 2022, Tschechische Republik/Republik Polen, C-121/21, EU:C:2022:408. Ordonnance du Vice-Président De La Cour. 19 mai 2022. « Référé – Article 163 du règlement de procédure de la Cour – Demande de rapporter une ordonnance portant sur des mesures provisoires – Recevabilité – Procédure principale ayant fait l’objet d’une radiation – Environnement – Activités d’extraction de lignite dans une mine à ciel ouvert – Mine de lignite de Turów (Pologne) ». [online] https://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?mode=req&pageIndex=0&docid=260041&part=1&doclang=FR&text=&dir=&occ=first&ci%E2%80%A6 / [abgerufen am 25.07.2023].

Biedenkopf, Katja (2021): Polish Climate Policy Narratives: Uniqueness, Alternative Pathways, and Nascent Polarization, Politics and Governance, 9:3, 391–400.

Blatter, Joachim/Phil C. Langer/Claudius Wagemann (2017): Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft: Eine Einführung, Springer VS.

Blauberger, Michael/R. Daniel Kelemen (2016): Can courts rescue national democracy? Judicial safeguards against Democratic backsliding in the EU, in: Journal of European Public Policy, Routledge, Bd. 24, Nr. 3, S. 321–336, [online] doi:10.1080/13501763.2016.1229357.

Bogatynia (2021a): Informacja z ostatniej chwili – KWB Turów z koncesją docelową!, [online] <https://bogatynia.pl/aktualnosci/informacja-z-ostatniej-chwili-kwb-turow-z-koncesja-docelowa/> [abgerufen am 25.07.2023].

Bogatynia (2021b): Burmistrz i związki mówią w sprawie Turowa jednym głosem. [online] <https://bogatynia.pl/aktualnosci/burmistrz-i-zwiazki-mowia-w-sprawie-turowa-jednym-glosem/#pid=3> [abgerufen am 25.07.2023].

- Bogatynia (2021c): Odprawa z premierem w sprawie Turowa, [online] <https://bogatynia.pl/aktualnosci/odprawa-z-premierem-w-sprawie-turowa/> 2021 [abgerufen am 25.07.2023].
- Börzel, Tanja A. (2003): Guarding the Treaty: The compliance strategies of the European Commission, in: Oxford University Press eBooks, S. 197–220, [online] doi:10.1093/019925740x.003.0009.
- Börzel, Tanja A. (2021): Why Noncompliance: The Politics of Law in the European Union. Ithaca: Cornell University Press.
- BUND Sachsen (2022): Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht. BUND - BUND für Naturschutz und Umwelt in Deutschland, [online] <https://www.bund-sachsen.de/service/presse/detail/news/turow-beschwerde-bei-der-europaeischen-kommission/> [abgerufen am 25.07.2023].
- Buras, Piotr (2017): Analyse: Polen in der Europäischen Union: Konflikte und falsche Ansätze, bpb.de, [online] <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/257431/analyse-polen-in-der-europaeischen-union-konflikte-und-falsche-ansaezte/> [abgerufen am 27.07.2023].
- Buras, Piotr (2018): 'Polen und Europa: Neue EU-Skepsis', Aus Politik und Zeitgeschichte 68 (2018), 10–11. In: H-Soz-Kult, 24. April 2018, [online], www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-109851 [abgerufen am 25.07.2023].
- Cheruvu, Sivaram (2022): When does the European Commission pursue noncompliance?, in: European Union Politics, SAGE Publishing, Bd. 23, Nr. 3, S. 375–397, [online] doi:10.1177/14651165221087635.
- Closa, Carlos (2019): The Politics of Guarding the Treaties: Commission Scrutiny of Rule of Law Compliance. Journal of European Public Policy, Vol. 26, No. 5, pp. 696–716. <https://doi.org/10.1080/13501763.2018.1477822>
- Court of Justice of the European Union. (2021). Poland must immediately cease lignite extraction activities in the Turów mine. PRESS RELEASE No 89/21. [Pressemeldung]. [online] <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-05/cp210089en.pdf> [abgerufen am 25.07.2023].
- ČTK (2019): Vláda vzala na vědomí nesouhlas Ministerstva životního prostředí s rozšířením dolu Turów, in: ČT24 - Nejdůvěryhodnější zpravodajský web v ČR - Česká televize, [online] <https://ct24.ceskatelevize.cz/regiony/2974970-uz-ted-mame-malo-vody-obce-z-liberecka->

predaly-brabcovi-petice-kvuli-dolu-turow [abgerufen am 25.07.2023].

ČTK (2020): Česko se kvůli polskému dolu Turov obrátí na Evropskou komisi, zvažuje i žalobu: in: euractiv.cz, 30.09.2020, [online] <https://euractiv.cz/section/cr-v-evropske-unii/news/cesko-se-kvuli-polskemu-dolu-turow-obrati-na-evropskou-komisi-zvazuje-i-zalobu/> [abgerufen am 25.07.2023].

Entscheidung vom 31. Mai 2023, Aktenzeichen IV SA/Wa 654/2. [Sygn. akt IV SA/Wa 654/23 'Postanowienie'], [online] https://bip.warszawa.wsa.gov.pl/download/attachment/4338/postanowienie-iv-sa_wa_654_23.pdf [abgerufen am 25.07.2023].

EURACTIV/Reuters (2021): Poland will not comply with EU top court ruling on Turov, PM says, in: www.euractiv.com, [online] <https://www.euractiv.com/section/energy/news/poland-will-not-comply-with-eu-top-court-ruling-on-turov-pm-says/> [abgerufen am 25.07.2023].

EUR-Lex (o. D.): Vorrang des EU-Rechts (Vorrangigkeit, Vorrangstellung, [online] <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/primacy-of-eu-law-precedence-supremacy.html> [abgerufen am 25.07.2023].

Europäische Kommission (2019): Europäische Kommission - Factsheet: Vertragsverletzungsverfahren im März: wichtigste Beschlüsse, ec.europa.eu, [Pdf],[online] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/DE/MEMO_19_1472 [abgerufen am 27.07.2023].

Europäische Kommission (2022): Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Durchsetzung des EU-Rechts für ein Europa, das greifbare Ergebnisse liefert (COM(2022) 518 final). Brüssel., [online] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52022DC0518> [abgerufen am 25.07.2023].

Europäische Kommission (o. D.): Die Aufgaben der Europäischen Kommission im Bereich der Rechtsetzung. [online] https://commission.europa.eu/about-european-commission/what-european-commission-does/law_de [abgerufen am 25.07.2023].

European Commission (2017a): Rule of Law: European Commission acts to defend judicial independence in Poland, [online] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/CS/IP_17_5367 [abgerufen am 25.07.2023].

European Commission (2017b): Communication on 'EU Law: Better Results through Better Application', 2017/C 18/02. Brussels, [online] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.C_.2017.018.01.0010.01.ENG [abgerufen am

25.07.2023].

European Commission (2020): Environmental Impact Assessment: Commission adopts reasoned opinion in case brought by Czechia against Poland. 17. Dezember 2020. [Pressemitteilung], [online] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2452 [abgerufen am 25.07.2023].

European Commission (2021): 'Independence of Polish judges: Commission asks European Court of Justice for financial penalties against Poland on the activity of the Disciplinary Chamber', [online] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/hu/IP_21_4587 [abgerufen am 25.07.2023].

European Commission (2022a): Commission Staff Working Document. 2022 Rule of Law Report Country Chapter on the rule of law situation in Poland, [online] https://commission.europa.eu/system/files/2022-07/48_1_194008_coun_chap_poland_en.pdf [abgerufen am 25.07.2023].

European Commission (2022b): 'Single Market Scoreboard. Enforcement tools. EU Pilot', [online] https://single-market-scoreboard.ec.europa.eu/enforcement-tools/eu-pilot_en [abgerufen am 25.07.2023].

European Commission (2023): Press release: The European Commission decides to refer POLAND to the Court of Justice of the European Union for violations of EU law by its Constitutional Tribunal. Brussels, [online] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_842 [abgerufen am 25.07.2023].

European Parliament, Committee on Petitions (2022a): Petition No 1236/2019 by Jiří Vozák (Czech), on behalf of Liberecký kraj, on the danger of losing drinking water in the Liberec Region (Czech Republic) due to the expansion of a brown coal mine in Turów (Poland), [online] https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PETI-CM-650612_EN.pdf [abgerufen am 25.07.2023].

European Parliament. Committee on Petitions (2022b): Petition No 0284/2021 by K.S. (Polish) on Poland's non-compliance with Directive 2011/92/EU concerning the environmental impact of certain public and private projects, [Online], Ausschuss für Bürgeranliegen, Europäisches Parlament, [online] https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PETI-CM-697817_DE.pdf [abgerufen am 25.07.2023].

European Parliament, Committee on Petitions (2022c): Petition No 0677/2020 by A. S. (Polish), on behalf of Stowarzyszenie Rozwoju Innowacyjności Energetycznej w Zgorzelcu (Association for Development and Innovation in Zgorzelec), bearing 27,000 signatures, against immediate closure of the Lignite Mine in Turów (Poland), [online]

- https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PETI-CM-691118_EN.pdf [abgerufen am 25.07.2023].
- Falkner, Gerda (2018): A causal loop? the Commission's new enforcement approach in the context of non-compliance with EU law even after CJEU judgments, in: *Journal of European Integration*, Taylor & Francis, Bd. 40, Nr. 6, S. 769–784, [online] doi:10.1080/07036337.2018.1500565.
- Fjelstul, Joshua C./Clifford J. Carrubba (2018): The politics of international oversight: strategic monitoring and legal compliance in the European Union, in: *American Political Science Review*, Cambridge University Press, Bd. 112, Nr. 3, S. 429–445, [online] doi:10.1017/s0003055418000096.
- Forum Energii (2023): Energy Transition in Poland | 2023 Edition - Forum Energii (o. D.): [online] <https://www.forum-energii.eu/en/analizy/transformacja-2023> [abgerufen am 25.07.2023].
- Generalna Dyrekcja Ochrony Środowiska (o. D.): Turów - Generalna Dyrekcja Ochrony Środowiska - portal gov.pl. Generalna Dyrekcja Ochrony Środowiska, [online] <https://www.gov.pl/web/gdos/turow> [abgerufen am 25.07.2023].
- Goliński, Dariusz (2022): Rechtsgutachten über die Realisierung des Tagesbaus auf der Grundlage des angewendeten Rechts bzgl. des auf dem Gebiet der Republik Polen in der grenznahen Region gelegenen Vorhabens., [online] https://www.europa.sachsen.de/download/GFP_Legal_Opinion_Turow_Part_II.pdf. [abgerufen am 25.07.2023].
- Google LLC. (2023): Kopalnia Węgla Brunatnego Turów. Google Maps [Kartendienst], Bildschirmkopie, [online] <https://www.google.de/maps> [abgerufen am 30.05.2023].
- Gwozdz-Palokat, Magdalena (2021): Poland vows not to pay any EU court fines, in: *dw.com*, 28.10.2021, [online] <https://www.dw.com/en/poland-vows-not-to-pay-any-eu-court-fines/a-59654600> [abgerufen am 27.07.2023].
- Hartlapp, Miriam (2007): On Enforcement, management and persuasion: different logics of implementation policy in the EU and the ILO, in: *Journal of Common Market Studies*, Wiley-Blackwell, Bd. 45, Nr. 3, S. 653–674, [online] doi:10.1111/j.1468-5965.2007.00721.x.
- Hartlapp, Miriam/Gerda Falkner (2009): Problems of operationalization and data in EU compliance research, in: *European Union Politics*, SAGE Publishing, Bd. 10, Nr. 2, S. 281–304, [online] doi:10.1177/1465116509103370.
- Heimann, D./Winde, M. (2021): Polens Verfassungsgericht gibt nationalem Recht Vorrang vor EU-Recht: Aktuell, [online] <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/polens->

- verfassungsgericht-gibt-nationalem-recht-vorrang-vor-eu-recht%20/ [abgerufen am 25.07.2023].
- Hofmann, Andreas (2018): Is the Commission levelling the playing field? Rights enforcement in the European Union, in: *Journal of European Integration*, Taylor & Francis, Bd. 40, Nr. 6, S. 737–751, [online] doi:10.1080/07036337.2018.1501368.
- Hosnedlová, Pavla (2020): 2020: Neoprávněné rozšíření těžby v dole Turów a role institucí EU, in: *euractiv.cz*, 23.12.2020, [online] <https://euractiv.cz/section/klima-a-zivotni-prostredi/news/2020-neopravnene-rozsireni-tezby-v-dole-turow-a-role-instituci-eu/> [abgerufen am 25.07.2023].
- Kelemen, R. Daniel/Tommaso Pavone (2022): Where Have the Guardians Gone? Law Enforcement and the Politics of Supranational Forbearance in the European Union, in: *APSA Preprints*, [online] doi:10.33774/apsa-2022-c0qjl.
- Klage vom 26. Februar 2021, Tschechische Republik/Republik, C-121/21. [online] https://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?mode=req&pageIndex=0&docid=240041&part=1&doclang=DE&text=&dir=&occ=first&c%E2%80%A6 / [abgerufen am 25.07.2023].
- Klage vom 10. März 2023, Kommission/Republik Polen, C-147/23. [online] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:62023CN0147> [abgerufen am 25.07.2023].
- König, Thomas/Lars Mäder (2014): The Strategic Nature of Compliance: An empirical evaluation of law implementation in the Central Monitoring System of the European Union, in: *American Journal of Political Science*, Wiley-Blackwell, Bd. 58, Nr. 1, S. 246–263, [online] doi:10.1111/ajps.12038.
- Kraśnicki, S. (2022): Report on the cross border effects of the continuation of lignite mining in Turów (Poland) on water in Germany. [Pdf] https://www.bund-sachsen.de/fileadmin/sachsen/Bilder/Mensch_____Umwelt/Braunkohle/2023-Report_Turow_groundwater.pdf [abgerufen am 25.07.2023].
- Krzysztozek, Aleksandra (2022): Poland refuses to pay fines for Turów mine, agrees to reduced payments from EU funds, in: *www.euractiv.com*, [online] https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/poland-refuses-to-pay-fines-for-turow-mine-agrees-to-reduced-payments-from-eu-funds/ [abgerufen am 25.07.2023].
- Liboreiro, Jorge (2023): EU summit ends with a whimper as Poland and Hungary resist migration reform, in: *euronews*, 30.06.2023, [online] <https://www.euronews.com/my-europe/2023/06/30/eu-summit-ends-with-a-whimper-as-poland-and-hungary-resist->

migration-reform [abgerufen am 25.07.2023].

Mbaye, Heather A. D. (2001): Why national states comply with supranational law, in: *European Union Politics*, SAGE Publishing, Bd. 2, Nr. 3, S. 259–281, [online] doi:10.1177/1465116501002003001.

Ministerstvo životního prostředí (2019): Mimořádné česko-polské jednání k Turowu: Polsko uznalo pochybení při posuzování územního plánu města Bogatynia, MŽP – Ministerstvo životního prostředí, [online] https://www.mzp.cz/cz/news_190822-Turow-Bogatynia [abgerufen am 25.07.2023].

Nullmeier, Frank (2021): *Kausale Mechanismen und Process Tracing: Perspektiven der qualitativen Politikforschung*, Campus Verlag. ISBN: 9783593444000

PETI Committee Meeting. European Parliament Multimedia Centre (2020): *European Parliament Multimedia Centre*, [online] https://multimedia.europarl.europa.eu/en/webstreaming/peti-committee-meeting_20200714-0900-COMMITTEE-FEMM [abgerufen am 25.07.2023].

PGE S.A. (2020): AKTUALNOŚCI - Kopalnia Turów będzie mogła kontynuować eksploatację w zmniejszonych granicach obszaru górniczego - PL - PL, PGE S.A., [online] <https://pgegiel.pl/aktualnosci/kopalnia-turow-bedzie-mogla-kontynuowac-eksploatacje-w-zmniejszonych-granicach-obszaru-gorniczego2/akordeon/pl/kopalnia-turow-bedzie-mogla-kontynuowac-eksploatacje-w-zmniejszonych-granicach-obszaru-gorniczego> [abgerufen am 25.07.2023].

PGE S.A. (2023): AKTUALNOŚCI - PGE złożyła zażalenie na postanowienie sądu w sprawie Turowa, PGE S.A., [online] <https://pgegiel.pl/aktualnosci/pge-zlozyla-zazalenie-na-postanowienie-sadu-w-sprawie-turowa> [abgerufen am 26.07.2023].

Plevák, Ondřej (2020): Český listopad v EU: audit, Olovo, Turów a koronavirový semafor, in: *euractiv.cz*, 10.12.2020, [online] <https://euractiv.cz/section/cr-v-evropske-unii/news/cesky-listopad-v-eu-audit-olovo-turow-a-koronavirovyy-semafor/> [abgerufen am 25.07.2023].

Priebus, Sonja (2022): The Commission’s approach to rule of law backsliding: managing instead of enforcing democratic values?, in: *Journal of Common Market Studies*, Wiley-Blackwell, Bd. 60, Nr. 6, S. 1684–1700, [online] doi:10.1111/jcms.13341.

Public Opinion Research Center (CBOS) (2021): *Polish Public Opinion: Poland in the EU*, cbos.pl, [online] https://www.cbos.pl/PL/publikacje/public_opinion/2021/11_2021.pdf [abgerufen am 25.07.2023].

Rankin, Jennifer (2023): European Commission takes Poland to court over ‘legal Polexit’, in: *the Guardian*, 15.02.2023, [online] <https://www.theguardian.com/world/2023/feb/15/european->

- commission-takes-poland-to-court-over-legal-polexit [abgerufen am 25.07.2023].
- Regionalny Dyrektor Ochrony Środowiska (2020): Obwieszczenie. Wooś.4235.1.2015.54 w sprawie wydania decyzji o środowiskowych uwarunkowaniach dla przedsięwzięcia polegającego na kontynuacji eksploatacji złoża węgla brunatnego „Turów”. Wrocław, [online] <https://bip.wroclaw.rdos.gov.pl/obwieszczenie-regionalnego-dyrektora-ochrony-srodowiska-z-dnia-21-stycznia-2020-znak-woos-4235-1-2015-54> [abgerufen am 25.07.2023].
- Republic of Poland & Czech Republic (2022): Agreement between the Government of the Republic of Poland and the Government of the Czech Republic on Cooperation to Address the Impacts of Exploitation at the Turow Open-Pit Lignite Mine in the Republic of Poland on the Territory of the Czech Republic. Monitor Polski, 2022, poz. 276. Strona główna Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej. Sejm.gov.pl. [online] <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WMP20220000276> / [abgerufen am 25.07.2023].
- Riedel, Rafał (2019): Analyse: „Grüner Konservatismus“? über die polnische Klima- und Energiepolitik, in: bpb.de, [online] <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/285318/analyse-gruener-konservatismus-ueber-die-polnische-klima-und-energiepolitik/> [abgerufen am 25.07.2023].
- Sächsische Zeitung (2023): Zittau: Polnisches Gericht hebt Abbau-Stopp in Turow auf, in: saechsische.de, 25.07.2023, [online] <https://www.saechsische.de/zittau/lokales/polnisches-gericht-hebt-abbau-stopp-in-turow-auf-5885683-plus.html> [abgerufen am 25.07.2023].
- Simon, Frédéric/Karolina Zbytniewska (2023): See you in court?: Poland’s political bluff on EU climate laws, in: EURACTIV.com, [online] <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/see-you-in-court-polands-political-bluff-on-eu-climate-laws/> [abgerufen am 26.07.2023].
- Serwis Rzeczypospolitej Polskiej (o. D.): Wybory parlamentarne 2023 - Polska w Niemczech - Portal Gov.pl. Polska w Niemczech, [online] <https://www.gov.pl/web/niemcy/wybory-2023> [abgerufen am 25.07.2023].
- Stadtverwaltung Zittau (2023): Stadt Zittau - Bürgerinformationsportal TOP Ö 3: Beschluss über die Klageerhebung gegen die Entscheidung des polnischen Klima- und Umweltministeriums vom 17.02.2023 - Konzession Tagebau Turów bis 2044, [online] https://stadtrat.zittau.de/sessionnet/bi/to0050.asp?__ktonr=46822 [abgerufen am 25.07.2023].
- Steunenberg, Bernard (2010): Is Big Brother watching? Commission Oversight of the National Implementation of EU Directives, in: European Union Politics, SAGE Publishing, Bd. 11, Nr. 3, S. 359–380, [online] doi:10.1177/1465116510369395.

- Steunenberg, Bernard/Mark Rhinard (2010): The transposition of European law in EU member States: Between process and politics, in: *European Political Science Review*, Cambridge University Press, Bd. 2, Nr. 3, S. 495–520, [online] doi:10.1017/s1755773910000196.
- Streichung vom 04. Februar 2022, Tschechische Republik/Republik, C-121/21, EU:C:2022:74. Ordonnance Du Président De La Cour. « Radiation ». [online] <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=253661&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=228803> / [abgerufen am 25.07.2023].
- Tallberg, Jonas (2002): Paths to compliance: enforcement, management, and the European Union, in: *International Organization*, University of Cambridge, Bd. 56, Nr. 3, S. 609–643, [online] doi:10.1162/002081802760199908.
- Taylor, Kira (2021): Poland clarifies position on coal phase-out, it is still 2049, in: www.euractiv.com, [online] <https://www.euractiv.com/section/energy/news/poland-clarifies-position-on-coal-phase-out-it-is-still-2049/> [abgerufen am 25.07.2023].
- The Chancellery of the Prime Minister (2021): Statement by Prime Minister Mateusz Morawiecki in the European Parliament - the Chancellery of the Prime Minister - gov.pl website, [online] <https://www.gov.pl/web/primeminister/statement-by-prime-minister-mateusz-morawiecki-in-the-european-parliament> [abgerufen am 25.07.2023].
- The Chancellery of the Prime Minister (2023): Polish government will not permit closure of Turów coal mine - the Chancellery of the Prime Minister - gov.pl website: The Chancellery of the Prime Minister, [online] <https://www.gov.pl/web/primeminister/polish-government-will-not-permit-closure-of-turow-coal-mine> [abgerufen am 25.07.2023].
- Treib, Oliver (2014): Implementing and complying with EU governance outputs, in: *Living reviews in European governance*, Bd. 9, [online] doi:10.12942/lreg-2014-1.
- Ulbrich, Jana (2023): Tagebau Turow: Zittau klagt gegen polnische Regierung, in: saechsische.de, 25.07.2023, [online] <https://www.saechsische.de/zittau/wirtschaft/tagebau-turow-zittau-klagt-gegen-polnische-regierung-5837759-plus.html> [abgerufen am 25.07.2023].
- Urteil vom 5. November 2019, Kommission/Polen, C-192/18, EU:C:2019:924. [online] <https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-192/18&language=DE> [abgerufen am 25.07.2023].
- Wiadomosci.tvp (2021): W obronie kopalni Turów, wiadomosci.tvp.pl [Video], [online] <https://wiadomosci.tvp.pl/56524252/w-obronie-kopalni-turow> [abgerufen am 25.07.2023].
- Wojewódzki Sąd Administracyjny w Warszawie (2023): Informacja dotycząca wpływu zażaleń na postanowienie WSA w Warszawie w sprawie kopalni Turów. [online] [https://bip.warszawa.wsa.gov.pl/1219/967/informacja-dotyczaca-wplywu-zazalen-na-](https://bip.warszawa.wsa.gov.pl/1219/967/informacja-dotyczaca-wplywu-zazalen-na)

postanowienie-wsa-w-warszawie-w-sprawie-kopalni-turow.html [abgerufen am 25.07.2023].

Yin, Robert K. (2017): Case study research and applications: Design and Methods, SAGE Publications, Incorporated.

Zachová, Aneta/Barbora Pištorová (2023): Czechia-Poland dispute over coal mine settled, but locals still suffer, in: www.euractiv.com, 05.04.2023, [online] <https://www.euractiv.com/section/politics/news/czechia-poland-dispute-over-coal-mine-settled-but-locals-still-suffer/> [abgerufen am 25.07.2023].

Zachová, Aneta (2022): Czech-Polish Turów Mine deal criticised by German and Czech NGOs, in: www.euractiv.com, [online] <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/czech-polish-turow-mine-deal-criticised-by-german-and-czech-ngos/> [abgerufen am 25.07.2023].

Zhang, Yaning (2022a): An impartial guardian or a political entrepreneur? A typological theorisation of the European Commission's toleration of noncompliance, in: Social Science Research Network, RELX Group (Netherlands), [online] doi:10.2139/ssrn.4106907.

Zhang, Yaning (2022b): Limits of law in the multilevel system: Explaining the European Commission's toleration of noncompliance concerning pharmaceutical parallel trade*, in: Journal of Common Market Studies, Wiley-Blackwell, Bd. 60, Nr. 4, S. 1001–1018, [online] doi:10.1111/jcms.13295.

Żuk, Piotr/Kacper Szulecki (2020): Unpacking the right-populist threat to climate action: Poland's pro-governmental media on energy transition and climate change, in: Energy research and social science, Elsevier BV, Bd. 66, S. 101485, [online] doi:10.1016/j.erss.2020.101485.

Żuk, Piotr/Paweł Żuk (2022): The Turów Brown Coal Mine in the shadow of an international conflict: Surveying the actions of the European Union Court of Justice and the populist policies of the Polish government, in: The Extractive Industries and Society, Elsevier BV, Bd. 10, S. 101054, [online] doi:10.1016/j.exis.2022.101054